

Über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht : die saubere Schweiz mit ihren Spatzen und Kanonen

Autor(en): **Wullschleger, Willi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 48

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-612363>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE SAUBERE SCHWEIZ MIT IHREN SPATZEN UND KANONEN

VON WILLI WULLSCHLEGER

Haben Sie es sich gut überlegt? Am nächsten Wochenende hat wieder einmal eine politische Vorlage vor dem Schweizer Volk zu bestehen, bei der sich im Vorfeld der Abstimmung die Geister kräftig geschieden haben und die Emotionen tüchtig hochgegangen sind. Die bürgerlichen Parteien haben zwar unisono die Ja-Parolen ausgegeben, doch in den Reihen von CVP und FDP gibt es vor allem in der Westschweiz starke Minderheiten, die sich den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht widersetzen. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund will die Massnahmen nicht bekämpfen, da diese «für einen Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer eine angemessene Antwort auf drängende Probleme» darstellten. Auf katholischer Seite wiederum meldete Bischof Pierre Mamie mit seinem «Aufruf zu ethischem Verantwortungsbewusstsein» ernsthafte Bedenken gegen die Rechtmässigkeit der von Bundesrat und Parlament beschlossenen Vorlage an. Die Bischofskonferenz allerdings wollte sich im Gegensatz zu 20 katholischen Organisationen und Verbänden an diesem heissen Eisen die Finger nicht verbrennen und schwieg. Für einmal wurden gar die Evangelisten in den Abstimmungskampf geschickt: Gegner wie Befürworter der Zwangsmassnahmen nahmen für ihre Sache Matthäus zu Hilfe, weil der ihnen gerade gut ins Konzept passte.

Wie schön haben es in einer solch verzwickten Situation unsere rechten Nationalisten und Populi-

sten, die ohne die Heilige Schrift auskommen und vor jedem eidgenössischen Urnengang die Stimme des «Volkes» zu hören glauben. Mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, so ihr Einwand, sei ein probates Mittel gefunden worden, dem Drogenelend am Zürcher Letten den Garaus zu machen. Endlich könnten die ausländischen Drogendealer (und vielleicht auch ein paar andere unerwünschte Ausländer) für ein paar Monate hinter Schloss und Riegel gebracht und später ausser Landes geschafft werden. Das Problem mit jenen Schweizern, die auch nach dem 4. Dezember frischfröhlich im Drogenhandel mitmischeln, wird sich irgendwie schon lösen lassen.

Balsam für das geplagte Volk

Die Schweizer haben in den letzten Jahren viele umstrittene Gesetzesvorlagen und hitzige Abstimmungskämpfe hinter sich gebracht. Neu bei diesen Zwangsmassnahmen ist nun aber, dass hier dem Souverän eine Vorlage präsentiert wird, auf die er geradezu sehnsüchtig gewartet hat. Im letzten Sommer umfassend aufgeklärt von der vereinigten Blut-und-Boden-Presse, diese wiederum kräftig sekundiert von ein paar politischen Effekthaschern, war schnell einmal jedem Bürger klar, was es am Letten geschlagen hat. Im Nu war das sonst so träge Parlament zur Stelle und fuhr im Kampf gegen die kriminellen ausländischen Spatzen seine grössten Kanonen auf. Für weite Teile der Bevölkerung muss dieses Gesetz wie Balsam wirken, und wir zweifeln nicht daran, dass das

Schweizer Volk am Wochenende das flotte Werk entsprechend zu würdigen weiss.

Politiker am Puls des Volkes

Endlich einmal konnten unsere National- und Ständeräte zusammen mit dem Bundesrat beweisen, dass sie auf drängende politische Fragen eine schnelle Antwort parat haben. Da kann es sich wohl nur noch um Wochen handeln, bis die Vorlagen über die CO₂-Abgabe, die 11. AHV-Revision, die Erneuerung der Krankenversicherung, die zukünftige Europapolitik, die Sanierung der Bundesfinanzen oder die Weichenstellung in der Energie- und Verkehrspolitik dem Volk zum endgültigen Entscheid vorgelegt werden. Vergessen Sie das Bild der parlamentarischen Schlafmützen, denen die akuten Sorgen in der Bevölkerung schnuppe sind. Seit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht haben wir endlich Gewähr, dass im Bundeshaus Frauen und Männer sitzen, die den Sorgen der Bevölkerung mit schnellen Taten entgegenreten.

Sobald dieses weitsichtige Parlament realisiert hat, dass im Bündner Oberland oder im Reusstal der Schutzwald die immer grösseren Lücken aufweist, werden sogleich verschärfte Massnahmen zur Luftreinhaltung beschlossen. Wenn an Ausfallstrassen von Schweizer Grossstädten der Lärmpegel die Schmerzgrenze um das Fünffache übersteigt, kann es sich nur um Wochen handeln, bis im Bundeshaus einschneidende Verkehrsberuhigungen eingeleitet worden sind. Einen zweiten Fall Werner

K. Rey wird es auf dem Finanzplatz Schweiz so schnell nicht mehr geben. Die Kantone Bern und Zürich sind dank der tatkräftigen Unterstützung aus dem EJPD daran, den kriminellen Finanzjongleur noch dieses Jahr aus seinem goldenen Käfig in der Karibik zu befreien und in ein Schweizer Untersuchungsgefängnis zu stecken. Ärgern Sie sich nicht mehr länger über die largen Massnahmen im Kampf gegen das in der Schweiz gehortete schmutzige Drogen- und Diktatorengeld, Bundesrat und Parlament sind fest entschlossen, die Finanzdrehscheibe Schweiz schon morgen mit griffigen Gesetzen unter Kontrolle zu bringen. Viele Bezüger von Ergänzungsleistungen und Fürsorgegeldern brauchen sich um ihre Zukunft keine Sorgen mehr zu machen, weil in Bern oben alle erkannt haben, dass dem sozial Schwachen mit dringlichen Sofortmassnahmen geholfen werden muss.

Zwangsmassnahmen überall

Freuen Sie sich schon jetzt auf den kommenden Sommer, wenn die verantwortlichen Behörden in Bund und Kantonen überzeugt sind, mit der konsequenten Einhaltung der Luftreinhalteverordnung können lebensbedrohende Ozon-Alarmwerte gar nicht erst aufkommen.

Wie herrlich, in einem Land zu leben, in dem Regierung und Parlament für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung noch ein offenes Ohr haben! Wenn's sein muss, schrecken sie, hau-ruck, auch vor umstrittenen Zwangsmassnahmen nicht zurück.